



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

18. September 2021

CDU-Juristen zur Wertschätzung in der Justiz

Die Verfahren bei den Gerichten dauern immer länger. Die Justiz ist kaum noch in der Lage, den Rechtsfrieden in der Gesellschaft zu sichern und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Gerade in Strafverfahren ist die Durchsetzung des Rechts innerhalb kurzer Zeit erforderlich.

Die Vollzugsanstalten sind bis an die Grenzen belegt. Auch der Strafvollzug kann daher seine Aufgabe, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und den Strafgefangenen eine Perspektive für ein Leben ohne Straftaten zu ermöglichen, kaum noch erfüllen.

Deshalb ist es besonders erfreulich, dass die Landesregierung von den 1.200 neuen Stellen über ein Drittel für den Bereich der Justiz eingeplant hat. Unser Dank gilt der gesamten Landesregierung und vor allem unserer Ministerin Marion Gentges MdL. Diese Maßnahme zeigt, dass die Politik den Wert der Dritten Gewalt schätzt. Die Gesellschaft in Baden-Württemberg darf nun berechtigt darauf hoffen, dass das Recht in unserem Land schnell und wirkungsvoll umgesetzt wird.

Aber mit neuen Stellen allein ist es nicht getan. Die in Baden-Württemberg tätigen Richterinnen und Richter sowie Staatsanwälte und Staatsanwältinnen verfügen über hervorragende Rechtskenntnisse. „Die effektive Vorbereitung und die zügige Durchführung der Hauptverhandlung fallen vielen Richtern aber nicht leicht“, so der Landesvorsitzende des LACDJ Baden-Württemberg Dr. Alexander Ganter. Hier ist es Aufgabe der Justizverwaltung, entsprechende Fortbildungskurse anzubieten.

Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Verwaltungsbeamte im Land wieder.